

Zwei Menschen  
wurden in Aschaffen-  
burg erstochen,  
mutmaßlich von  
einem Flüchtling

GESELLSCHAFT

# Die eine Tat zu viel

Aschaffenburg trauert, der Wahl-  
kampf tobt – und vernebelt den Blick.  
Über eine unvermeidliche Debatte

Von Tilman Gerwien





FOTO: MICHAEL BIHLMAYER/ACTION PRESS

# S

Sahin und Tanja entzündeten zwei Kerzen, stellen sie zu den Blumen und den Kuschtieren, zu den Zettelchen mit letzten Botschaften, zu all den anderen Kerzen. Das Paar ist aus Darmstadt angereist, 40 Minuten mit dem Auto. Tanja wischt sich die Tränen aus den Augen: „Wir mussten einfach herkommen.“

Leichter Regen fällt, die Wege lösen sich in Schlamm auf im Park Schöntal in Aschaffenburg. Hier, wo alles geschah.

Wo ein zweijähriger Junge, der mit seiner Kitagruppe unterwegs war, und ein Familienvater, der sich todesmutig dazwischenwarf, erstochen wurden.

Mutmaßlich von einem 28-jährigen Geflüchteten aus Afghanistan, der offensichtlich psychisch gestört ist. Und Deutschland längst hätte verlassen müssen. Die Kita, in die der kleine Junge ging, hieß „Kindernest Grenzenlos“.

Grenzenlos, ausgerechnet.

Es ist alles nur sehr schwer zu ertragen.

Sahin stammt aus der Türkei und lebt seit 50 Jahren hier. Er finde es falsch, jetzt alle unter Verdacht zu stellen, die ausländische Wurzeln haben, sagt er im Park vor den Kerzen. „Es sollte gerade nur um eins gehen: Ein kleines Kind ist gestorben.“

Der CDU-Vorsitzende Merz preschte schnell vor. Für manche zu schnell



Nur geht es darum nicht mehr. Oder nicht nur. Die Tränen sind noch nicht getrocknet, doch die politische Maschinerie läuft längst auf Hochtouren.

Am Tag nach der Tat hatten sich mehr als 1000 Menschen im Park Schöntal versammelt. Sie sagten kein Wort, sie sangen kein Lied. Eine Viertelstunde lang schwiegen sie. Es war die Aschaffenburg Antwort auf das, worauf sich kaum Antworten finden lassen.

Trauer in Stille.

Die politische Debatte hatte sich da bereits aufgewallt zu einem ohrenbetäubenden Konzert aus dröhnenden Forderungen und schrillen Warnungen. Noch am Abend nach den Morden hatte Bundeskanzler Olaf Scholz von „falsch verstandener Toleranz“ gesprochen und von einer „Terrorat“, am Vormittag darauf sagte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, in einer unionsgeführten Bundesregierung werde bei der Migrationspolitik „null Toleranz, null Kompromiss“ gelten – das Ziel sei „weniger ins Land und viele raus aus dem Land“. Wenig später meldete sich auch CDU-Chef Friedrich Merz zu Wort: Im Fall seiner Wahl zum Bundeskanzler werde es ein „faktisches Einreiseverbot“ für alle Unberechtigten geben, auch für Menschen mit Schutzanspruch. Er weigere sich anzuerkennen, dass solche Taten „die neue Normalität“ in Deutschland sein sollen.

Es gab Zeiten in diesem Land, da galt vor allem eins als normal: innehalten nach solchen Taten. Aber dies sind keine normalen Zeiten. Aschaffenburg könnte das Land verändern wie kaum eine Tat zuvor.

## Friedrich Merz will eine radikale Wende in der Asylpolitik – notfalls auch mit Stimmen der AfD

Einen Monat vor der Bundestagswahl und einen Monat nach dem Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt stehen die Parteien unter Druck. Die zuweilen offen rassistisch hetzende und vom Verfassungsschutz in Teilen als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte AfD liegt in den Umfragen schon jetzt bei über 20 Prozent. Sie ist mit Abstand die zweitstärkste Partei in Deutschland, im Osten sogar die stärkste.

Die Morde von Aschaffenburg haben zu einem gesellschaftlichen Klimasturz geführt, auf den die Politik mit markigen Worten reagiert. Was den gesellschaftlichen Klimasturz wiederum verschärft – und eine gewaltige Dynamik in Gang gesetzt hat, in der nun sogar die „Brandmauer“ der Union zur AfD zu wackeln scheint. Flächendeckende, dauerhafte Grenzkontrollen, Zurückweisungen an den Grenzen, Ausweitung der Haftplätze für „vollziehbar Ausreisepflichtige“, möglichst tägliche Abschiebungen: Merz will eine radikale Wende in der Asylpolitik, im Notfall vielleicht sogar mit den Stimmen der Rechtspopulisten. „Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht“, sagt der CDU-Chef und mögliche nächste Kanzler. „Ich gehe keinen anderen.“

Ist dieses politische Schauspiel – nur wenige Tage nach der Tat – also pietätlos, zynisch, gar gefährlich? Oder gehört die Debatte über Asyl, Migration, Humanität einerseits und Kontrolle andererseits nicht genau dahin, wo sie jetzt ist: in die Politik? So wie die Debatte seit Tagen geführt wird, vernebelt sie allerdings auch einen Großteil der Probleme, die sich in der Vorgeschichte der Tat offenbaren.

Nach jetzigem Stand gab es nicht den einen Fehler im System, der alles erklären könnte, der Fehler scheint vielmehr das System selbst zu sein: die organisierte Verantwortungslosigkeit, mit der Geflüchtete hin- und hergeschoben werden, von Ausländerbehörden und Staatsanwaltschaften, Polizeidienststellen und psychiatrischen Kliniken. Ein dysfunktionales System, in dem es zu oft niemanden zu geben scheint, der genau hinschaut. Bis es zu spät ist.

Im November 2022 betrat Enamullah O., der mutmaßliche Täter, erstmals deutschen Boden. Schon seit März 2023 war er ausreisepflichtig, weil er über Bulgarien gekommen war, einen sicheren Drittstaat, in dem er laut Dublin-Abkommen seinen Asylantrag hätte stellen müssen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und bayerische Ausländer-

behörden schafften es jedoch nicht, ihn innerhalb von sechs Monaten zurück nach Bulgarien zu bringen. Gemäß des Dublin-Abkommens war nach Ablauf dieser Frist nun Deutschland zuständig. Im vergangenen Dezember erklärte Enamullah O. zwar, freiwillig in seine Heimat zurückkehren zu wollen. Aber warum hat keine der involvierten Behörden nachgehalten, ob er diese Ankündigung in die Tat umsetzt?

Zumal er schon vor den Morden von Aschaffenburg schwer auffällig wurde. Drei nicht abgeschlossene Ermittlungsverfahren lagen bei den Strafverfolgungsbehörden. Die Liste der Delikte, die O. vorgeworfen wurden, ist lang: Sie reicht von tätlichen Angriffen auf und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte über vorsätzliche Körperverletzung bis hin zu Beleidigung und Sachbeschädigung.

**E**r randalierte, so die Vorwürfe, in seinem Flüchtlingsheim, ging auf eine ukrainische Mitbewohnerin mit dem Messer los, entblöbte sich vor Polizeibeamten – und versuchte sogar, einen zu entwaffnen. Er wurde in psychiatrische Kliniken eingewiesen und immer wieder entlassen, immer wieder mit derselben Prognose: keine „Eigen-“ und keine „Fremdgefährdung“. Noch zwei Tage vor der Tat sprach er mit seiner Betreuerin von der Zentralen Ausländerbehörde im nahen Geldersheim.

Eigentlich hätte O. wegen einer nicht gezahlten Geldstrafe zum Tatzeitpunkt eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen müssen. Die Haft trat er nicht an, aus seiner Unterkunft abgeholt wurde er aber auch nicht. Es lag ein zweites Urteil gegen ihn vor, und laut Strafprozessordnung muss in solchen Fällen zunächst eine Gesamtstrafe gebildet werden. Das geschah nicht rechtzeitig.

Aus der Binnensicht mag das Handeln einer jeden Behörde erklärbar sein, in der Draufsicht ergibt sich ein verheerendes Bild. Mit einer detaillierten Diskussion über die zahlreichen Defizite lassen sich vielleicht keine Wahlen gewinnen – vermutlich aber ließe sich damit das Risiko für Verbrechen wie das von Aschaffenburg senken. Vielleicht sogar entscheidend.

Aber so funktioniert Politik in einer Mediendemokratie nicht. Schon gar nicht in einem Wahlkampf. Und schon gar nicht nach den vergangenen Monaten.

Erst Mannheim: Ein in Deutschland lebender Afghane tötet einen Polizisten mit Messerstichen in den Hals. Weil seine Frau

## Ein Trauernder sagt, es sollte gerade nur um eines gehen: „Ein kleines Kind ist gestorben“

neben der türkischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, hat er eine befristete Aufenthaltserlaubnis.

Dann Solingen: Ein 26 Jahre alter Syrer attackiert mit einem Messer die Besucher eines Straßenfestes, das ausgerechnet den Namen „Festival der Vielfalt“ trägt. Drei Menschen sterben, vier werden lebensgefährlich verletzt. Der „Islamische Staat“ reklamiert die Tat für sich. Der Mörder hätte längst nach Bulgarien „rücküberstellt“ werden müssen, wurde aber am Tag der geplanten Abschiebung in seiner Unterkunft nicht angetroffen – nichts geschah.

Dann Magdeburg: Der aus Saudi-Arabien stammende Taleb al-Abdulmohsen rast mit einem SUV in die Besucher des Weihnachtsmarkts, sechs Menschen verlieren ihr Leben, unter ihnen ein neunjähriger Junge. 299 weitere werden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Abdulmohsen kritisierte immer wieder den Islam, erhielt deshalb 2016 in Deutschland als politisch Verfolgter Asyl. Er war schon Jahre vor der Tat aufgefallen, mit wirren Beschimpfungen und massiven Gewaltandrohungen.

Und jetzt: Aschaffenburg.

Viele fragen sich, was das für ein Staat ist, der solche Taten nicht verhindert. Das Land scheint am Limit, vor allem mental.

Zwar ist die Zahl der Asylanträge zuletzt gesunken, 2024 um knapp ein Drittel gegenüber dem Vorjahr. Aber der Migrationsdruck bleibt hoch. 850 000 Anträge wurden allein in den vergangenen drei Jahren gestellt. Hinzu kommen nach Schätzungen insgesamt 1,2 Millionen Ukrainer, die vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland geflüchtet sind und auch ohne Asylantrag bleiben können. Kaum etwas beschäftigt die Menschen in Deutschland



Tausende demonstrierten in Aschaffenburg gegen einen Rechtsruck

so sehr wie das Thema Migration. Schon vor der Tat von Aschaffenburg gaben Anfang des Jahres im „ARD Deutschland Trend“ 37 Prozent der Befragten an, Zuwanderung und Flucht seien für sie die wichtigsten Probleme, um die sich die Politik in Deutschland kümmern müsse. Kein anderes Problem – auch nicht die lahme Wirtschaft – wurde häufiger genannt. 77 Prozent sprachen sich im September 2024 in einer anderen Umfrage für eine Wende in der Migrations- und Asylpolitik aus.

Skepsis greift um sich, auch Angst. Beides ist ungerecht gegenüber den Tausenden und Abertausenden, die Schutz suchen und ihn bei uns finden, die alles tun, um in Deutschland wirklich anzukommen, die Sprache zu lernen, hier zu leben und zu arbeiten. Aber können Gefühle ungerecht sein? Sie sind da – und sie prägen die Realität, zunehmend auch die politische.

Am vergangenen Samstag steht Ömer Kilinc mit seiner Tochter wenige Meter entfernt von der Gedenkstelle im Park Schöntal in Aschaffenburg. Er sei sehr traurig, sagt der türkischstämmige Kilinc. Traurig und wütend über das Versagen der Behörden. Aber nicht nur darüber.

Die Einwanderung, auch das sagt er, müsse begrenzt werden: „Zu viel ist zu viel.“ Es sei an der Zeit, dass die Parteien endlich aufwachten, und zwar alle. Darauf hoffe er.

Die große politische Debatte, sie hat sich in die Stille von Aschaffenburg geschoben. ✘



**Tilman Gerwien** schrieb den Text, Uli Rauss und Johanna Wagner recherchierten Hintergründe, Johannes Frese sprach mit den Menschen in Aschaffenburg